

Saubere Luft für Graz!

Der Fall Graz in den Medien

Kleine Zeitung, 3.3.2013:

Feinstaubbilanz

DO Der Feinstaubwinter neigt sich dem Ende zu und Umweltlandesrat **7.3.** Gerhard Kurzmann (FPÖ) legt am Donnerstag seine Bilanz vor. Ob Wetterglück oder ein Erfolg des neuen „Luftreinhalteprogramms“ (mit Fernwärmeausbau etc.): Graz, Leibnitz & Co. haben schon Winter mit weit mehr Überschreitungstagen gesehen. Wie die Klage einer Grazer Familie zeigt – sie will die Umweltzone durchsetzen –, ist der Idealzustand aber nicht erreicht.

Österreich, 3.3.2013

Grazer Architekt geht nun mithilfe der Grünen gegen steirische Politiker vor

Feinstaub: Pensionist kämpft gegen Land

Die Landesregierung wird sich vielleicht vor dem Höchstgericht verantworten müssen.

Graz. Der Grazer Familienvater und pensionierte Architekt Helmut Hoffmann beantragt mit seiner Familie bei Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) bzw. bei Verkehrslandesrat Gerhard Kurzmann (FPÖ) die Erlassung von verkehrsbezogenen Feinstaubmaßnahmen.

Im Detail verlangt er die Erlassung einer Umweltzone oder tageweise wechselnde Fahrverbote im Herbst/Winter-Halbjahr sowie weitere geeignete Maßnahmen zur Beschränkung des Verkehrs. Ab Einlangen des Antrags hätten die beiden Landespolitiker sechs Monate Zeit für Maßnahmen. Bleiben sie bis Anfang September untätig, könne die zweite Instanz, also ÖVP-Umweltminister Nikolaus Berlakovich (bzw. ab 1.1.2014 das Landesverwaltungsgericht) angerufen werden. Bei einem abschlägigen Bescheid kann berufen werden.

Wird auch diese Beschwerde abgewiesen, bleibt der Gang zum Verwaltungsgerichtshof. Wenn dieser eine positive Entscheidung fälle, sei sogar eine Ministeranklage möglich, so Juristin Marlies Meyer. Voves als LH habe ja auch die Möglichkeit einer Weisung an Kurzmann.

Die Grünen unterstützen Hoffmann dabei sowohl fachlich als auch finanziell: Der Grünalternative Verein zur Unterstützung von Bürgerinitiativen hat zudem für zukünftige allfällige anwaltliche Hilfe 7.000 Euro zur Verfügung gestellt.



Grünen Landtagsklubobfrau Sabine Jungwirth, Helmut Hoffmann und die Grüne Umweltstadträtin Lisa Rücker.

Die Grünen unterstützen Hoffmann dabei sowohl

fachlich als auch finanziell: Der Grünalternative Verein zur Unterstützung von Bürgerinitiativen hat zudem für zukünftige allfällige anwaltliche Hilfe 7.000 Euro zur Verfügung gestellt.



AUFWECKER

GÜNTER PILCH

Deutliche Sprache

Knapp acht Monate ist es her, da haben die Grazer per Befragung die geplante Umweltzone mit Zweidrittelmehrheit ins Nirvana geschickt. So kritikwürdig das Abschieben der politischen Entscheidungsverantwortung seitens der Volksvertreter auch ist: Es wurde gemacht, es gab ein Ergebnis.

Jetzt bringen die Grünen die Zone im Zuge eines Rechtsverfahrens gegen das Land abermals aufs politische Tapet (siehe Seiten 18/19).

Ihre Unzufriedenheit fußt auf dem Zustand, dass der private Individualverkehr als einer der Hauptverursacher für die allwinterliche Feinstaubmisere nach wie vor unangetastet bleibt. Mit Blick auf die Luftbelastungswerte ist dieser umweltpolitische Kurs tatsächlich nur mit schweren Verrenkungen argumentierbar. Zumal es an Ansätzen – siehe City-Maut oder intelligente Parkflächenbewirtschaftung – nicht mangeln würde.

Was aber die Umweltzone betrifft, haben die Grazer bereits eine deutliche Sprache gesprochen – und „Nein“ gesagt. Wer das ignoriert, beschädigt sich politisch selbst.

Sie erreichen den Autor unter guenter.pilch@kleinezeitung.at

Staub:

Unterstützt von den Grünen will Grazer das Land zu Feinstaubmaßnahmen im Verkehr zwingen. Ein Antrag auf Fahrverbote soll bis zum Höchstgericht gehen.

GÜNTER PILCH

Wo der Antifeinstaubkämpfer Christian Wabl vor Jahren gescheitert ist, will jetzt ein anderer Grazer Erfolg haben: Der pensionierte Architekt und Raumplaner Helmut Hoffmann geht rechtlich gegen das Land vor, um Feinstaubmaßnahmen im Verkehr zu erzwingen. Unterstützt von den Grünen baut er auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs aus dem Vorjahr. Darin hielten die Höchststrichter fest, dass Bürger Feinstaubmaßnahmen durchsetzen können, sofern sie unmittelbar von der Gefahr einer Grenzwertüberschreitung betroffen sind.

Genau das will Hoffmann belegen. Anders als einst Wabl wählte der 68-Jährige aber nicht den Weg über das Zivilgericht, sondern über das Verwaltungsrecht. Zu diesem Zweck hat der Grazer bei Landeshauptmann Franz Voves (SP) und Umweltlandesrat Gerhard Kurzmann (FP) einen Antrag eingebracht, in dem er eine Umweltzone und/oder tageweise Fahrverbote für alle Fahrzeuge in der Stadt fordert.

Kommen Voves und Kurzmann der Aufforderung binnen sechs Monaten nicht nach, wovon politisch auszugehen ist, gehen Hoffmann und die Grünen in die nächste Instanz – und letztlich vor das Höchstgericht. „Wir wissen, dass der Verkehr in Graz zu 50 Prozent für den Feinstaub verantwortlich ist. Da können die zuständigen Politiker die Entscheidung nicht abschieben“, spielt

Grazer geht gegen Land vor



Helmut Hoffmann will das Land mithilfe der Grünen um Christiane Brunner (links) und Lisa Rücker zu wirksamen Feinstaubmaßnahmen im Straßenverkehr zwingen XPRESS

„Die schlechte Luft bedroht im Großraum Graz 300.000 Menschen. Da muss man handeln.“

Helmut Hoffmann

die Grazer Grünenchefin Lisa Rücker auf die Bürgerbefragung vom vergangenen Sommer an, in der knapp 70 Prozent der Grazer die Umweltzone ablehnten. „Maßnahmen im Verkehr sind damit nicht vom Tisch“, sagt die grüne Nationalratsabgeordnete Christiane Brunner.

Die schlechte Luft bedrohe rund 300.000 Menschen im Großraum Graz, begründet Hoffmann sein Engagement. In Umweltfragen ist der pensionierte Sachverständige kein Unbekannter. Einst engagierte er sich gegen die Ennstrasse, später erarbeitete er für die Gegner der 380-kV-Leitung eine Kabelvariante und betrieb gegen das Projekt Spielberg.

Der nunmehrige Rechtsweg dürfte jedenfalls langwierig werden. „Zumindest den politischen Druck erhöhen wir damit aber sicher“, sagt Rücker.

Steirerkrone, 2.3.:

Samstag, 2. März 2013 / Nr. 18.984, € 1,-

Steirerkrone

**Kronen
Zeitung**
UNABHÄNGIG

www.krone.at

Graz, Münzgrabenstr. 36

REDAKTION: ☎ 0316/78 40-0 ABO-SERVICE: ☎ 05 7060-600

**Feinstaub-Opfer
klagt Steiermark**

„Tut endlich etwas!“ – S. 16/17

Lungenkranker Grazer kämpft für seine zwei minderjährigen Kinder vor Gericht

Feinstaub-Opfer klagt das Land:

Es wäre ja fein, staubfrei durch die kalte Jahreszeit zu kommen. Dem ist aber nicht so, die Zahl der Überschreitungstage bleibt auch heuer alarmierend hoch. „Mir reicht's!“, sagt jetzt ein Gra-

Helmut Hoffmann, pensionierter Sachverständiger, ist Vater zweier minderjäh-

zer Familienvater, lungenkrank und von der Politik schwer enttäuscht. Weil sie das „Partikel-Problem“ noch immer nicht gelöst habe, strengt er jetzt eine Klage gegen das Land Steiermark an.

riger Kinder. Für sie, so sagt er, ziehe er vor Gericht: „Weil die Grazer Luft ge-

sundheitsschädlich ist und es die zuständigen Politiker nicht schaffen, das Fein-

staubproblem in den Griff zu bekommen.“ Geltendes EU-Recht eröffnet ihm die Möglichkeit, ein Verfahren gegen das Land Steiermark anzustrengen. Rückendeckung

VON GERALD SCHWAIGER

erhält der Aktivbürger von den Grünen, die 7000 Euro und Juristen bereitstellen.

In einem 15-seitigen Brief an SP-Landeshauptmann Franz Voves und FP-Landesrat Gerhard Kurzmann fordert Hoffmann die Einführung einer Umweltzone und tageweise Fahrverbote. Sollten sie darauf nicht reagieren, wandert das Anwaltsschreiben durch alle Instanzen bis zum Höchstgericht; auch die EU-Kommission wird informiert.

Die macht schon Druck: „Feinstaubsünder“ wie die Steiermark bekommen in Bälde ein Mahnschreiben.

„Die Zahl der Überschreitungstage lag zwischen 2001 und 2012 regelmäßig über dem zulässigen Wert.“

Grünen-Stadträtin Lisa Rucker

● Gefordert werden eine Umweltzone und autofreie Tage

„Macht endlich etwas!“



Feinstaub-Opfer Helmut Hoffmann aus Graz wird in seinem Kampf von den Grünen – links Nationalratsabgeordnete Christiane Brunner, rechts Stadträtin Lisa Rücker – unterstützt.

„Es ist ein Grundrecht, dass Luft eine gewisse Qualität hat“

VON ELISABETH HOLZER

Steiermark.

Grazer will mit Hilfe von EU-Recht Maßnahmen des Landes gegen Feinstaub erzwingen.

„Oft braucht es einen juristischen Hebel. Der scheint mir gefunden“, meint Helmut Hoffmann, pensionierter Zivil- und Raumplaner. Der 69-Jährige nützt EU-Recht, um das Land wegen der Feinstaub-Belastung unter Zugzwang zu bringen: Mit einem Antrag will er Umweltzone und tageweise Fahrverbote in Graz durchsetzen.

Diese Vorgangsweise ist tatsächlich möglich: Im Juni 2012 bestätigte der Verwaltungsgerichtshof das Recht

auf Maßnahmen gegen den Feinstaub. Außerdem könnten sich Bürger, wenn sie von Feinstaub-Grenzwertüberschreitungen direkt und persönlich betroffen sind, gemäß EU-Recht an die zuständige Behörde wenden. In diesem Fall also an das Land Steiermark, vertreten durch SPÖ-Landeshauptmann Franz Voves und FPÖ-Verkehrs- und Umweltlandesrat Gerhard Kurzmann.

Der Kniff dabei: Binnen sechs Monaten muss die Landesregierung entweder die geforderten Maßnahmen umsetzen oder per Bescheid erklären, warum sie das nicht tut. Soetwas liegt bisher nicht vor, es gibt bloß politische Meinungsäußerungen. „Ich finde, Luft ist ein wesentliches Lebensmittel“, begründet Hoffmann sein Engagement. „Es gehört zu den



Rücker, Hoffmann, Brunner (von li.) wollen Umweltzone in Graz

Grundrechten, dass es eine gewisse Qualität hat.“

Die Grünen haben sich Hoffmanns Initiative nur zu gern angenommen. „Eigentlich ist es ja traurig, dass ein Bürger das machen muss“, überlegt Nationalratsabgeordnete Christiane Brunner. „Dafür ist die Politik zuständig.“ Doch im Land lehnt Kurzmann die Umweltzone kategorisch ab, in der Stadt Graz gab es einen Schwenk

nach einem Nein der Bewohner bei einer Umfrage. Gesundheitsstadträtin Lisa Rucker wertet den neuen Vorstoß „als Versuch, den Bürgern zu signalisieren, Leute, ihr habt Rechte“.

Reagiert das Land binnen der sechs Monate nicht, gibt es eine Säumnisklage an den Bund als nächste Instanz. Hoffmann und die Grünen wollen letztlich bis zum Höchstgericht gehen.

Feinstaub: Grüne starten Verfahren gegen Land

Antrag auf Fahrverbote oder Einrichtung von Umweltzone

Feinstaub: Grazer geht gegen Land vor

Im Kampf gegen den Feinstaub werden der Grazer Helmut Hoffmann und seine Familie rechtlich gegen das Land Steiermark vorgehen.

Graz. Der pensionierte Grazer Architekt und Raumplaner Helmut Hoffmann geht mit Unterstützung der Grünen gegen die nach seiner Ansicht in Sachen Feinstaubreduktion säumige Landespolitik vor. Hoffmann hat zusammen mit Juristen einen „Antrag auf Erlassung von umfassenden verkehrsbezogenen Maßnahmen zur Einhaltung der Immissionsgrenzwerte für Feinstaub in Graz“ – sprich Umweltzone oder tageweise wechselnde Fahrverbote – erstellt und diesen an LH Franz Voves (SPÖ) und Verkehrslandesrat Gerhard Kurzmann (FPÖ) gerichtet. Damit soll die Landesebene entweder zum Handeln oder zumindest zu einer Stellungnahme gebracht werden. Andernfalls drohe



Hoffmann mit Rücker und der grünen Nationalratsabgeordneten Christiane Brunner.

im äußersten Fall der Gang zum VwGH und sogar eine Ministeranklage.

Zeit bis September. Der Antrag an Voves und Kurzmann fuße auf einer EuGH-Judikatur, sagte die Juristin Marlies Meyer am Freitag in einer Pressekonferenz in Graz. Begründet sei der Antrag mit der über zehn Jahre gemessenen enormen Überschreitung der maximalen Tagesmittelwerte und der Zahl der Überschreitungstage. Ab Einlangen des Antrags hätten die beiden Landespolitiker sechs Monate Zeit zu

Maßnahmen, z. B. zur Ergänzung der bestehenden Luftreinhalteverordnung.

„Ich fühle mich für meine unmittelbare Verwandtschaft und darüber hinaus verantwortlich. Auch wenn Grenzwerte nicht überschritten werden, heißt das nicht, dass die Luft gesund ist“, erklärte Hoffmann seine Beweggründe. Die grüne Stadträtin Lisa Rücker dazu: „Wir haben uns gefunden. Er sagte, mir reicht's, wir unterstützen das Vorgehen aus dem grünen Bürgerinitiativenfonds.“

Feinstaub-Klage im TV

<http://tvthek.orf.at/programs/70020-Steiermark-heute/episodes/5504263-Steiermark-heute/5507339-Mldg--Spinne-im-Schwammerlglas--Mod--Meldungen>

orf.at, 1.3.:



Feinstaub: Grazer will gegen Land vorgehen

Im Kampf gegen den Feinstaub werden der Grazer Sachverständige Helmut Hoffmann und seine Familie rechtlich gegen das Land Steiermark vorgehen. Unterstützt werden sie dabei von den Grünen.

Das EU-Recht ermöglicht es jedem Bürger, Maßnahmen gegen Bedrohungen wie zum Beispiel dem Feinstaub einzuklagen. In einem 15-seitigen Antrag an Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) und Verkehrslandesrat Gerhard Kurzmann (FPÖ) fordert nun die Familie Hoffmann die Einführung einer Umweltzone sowie tageweise Fahrverbote für alle Fahrzeuge.

„Ergreife diesen Zipfel“

Mit Helmut Hoffmann fanden die Grünen nun einen Mitstreiter in ihrem jahrelangen Kampf für mehr Maßnahmen gegen den Feinstaub: „Ich fühle mich für mich selbst und natürlich auch für meine unmittelbare Verwandtschaft und darüber hinaus verantwortlich, und deshalb ergreife ich sozusagen diesen Zipfel, in der Hoffnung, dass das auch eine Hilfestellung ist für die Politik. Es ist leider oft so, dass fachliche Argumente alleine nicht genügen, sondern es braucht einen juristischen Hebelpunkt, und der scheint mir hier gefunden“, so Hoffmann.



Foto/Grafik:APA/dpa/Frank Rumpenhorst/ORF

Die Familie Hoffmann fordert unter anderem tageweise Fahrverbote

Langer Rechtsstreit zu erwarten

In Niederösterreich gab es bereits einen ähnlichen Antrag, dieser wurde aber abgelehnt. Im Grazer Fall ist noch nicht abschätzbar, ob der Antrag erfolgreich sein wird; sicher allerdings ist, dass es wohl lange dauern wird, bis es zu einer Entscheidung kommt, denn der juristische Weg ist ein langer: Sollten Landeshauptmann und Verkehrslandesrat auf den Antrag nicht reagieren, wird der Ball weiter zum Bund und dann zum Verwaltungsgerichtshof gespielt.

Unterstützung von den Grünen

Die Grünen unterstützen den Antrag nicht nur fachlich, sondern auch finanziell. Auch wenn die Feinstaubbelastung im Vorjahr laut Experten gesunken sei, könne man sich auf diesen Werten nicht ausruhen, so die Grazer Verkehrsstadträtin Lisa Rucker: „Trotzdem sehen wir, dass die Überschreitung wieder stattfindet, dass die Tage nicht eingehalten werden und damit das Ziel, was sich die Politik gesetzt hat und uns die EU von politischer Seite vorgibt, nicht eingehalten werden kann und dass das Thema Verkehr nach wie vor sehr marginal bis gar nicht behandelt wird.“

„Umweltzone noch nicht vom Tisch“

Die Grüne Nationalratsabgeordnete Christiane Brunner erklärte, es sei traurig, dass vor allem Kinder und ältere Bürger unter der Feinstaubbelastung leiden würden, weil die Politik unverständlicherweise und „grob fahrlässig“ nicht handle: „Herr Hoffmann macht das, wofür eigentlich die Politik zuständig ist.“ Man müsse zwar einräumen, dass Umweltminister Berlakovich (ÖVP) zwar die Kfz-Plakettenverordnung erlassen habe, die Bundesebene aber noch einiges im Bereich Emissionen tun könne, etwa bei Baumaschinen oder Massentierhaltung; trotz Volksbefragung sei die Umweltzone in Graz nicht vom Tisch.

Heuer sind bereits zwei Drittel der erlaubten Tage, an denen die Grenzwerte überschritten werden dürfen, aufgebraucht; ein angekündigtes Mahnschreiben der EU in Sachen Feinstaub sei aber noch nicht eingetroffen, hieß es dazu am Freitag aus dem Büro von Landesrat Kurzmann - mehr dazu auch in **Feinstaub: EU macht Druck**

<http://steiermark.orf.at/news/stories/2569513/> (31.1.2013).

APA-Meldung vom 1.3.2013

APA0374 5 CI 0553 II

Fr, 01.Mär 2013

Luftverschmutzung/Steiermark

Feinstaub - Grazer geht mit Grünen-Hilfe gegen Land Steiermark vor

Utl.: Bürger stellte Antrag auf Fahrverbote oder Einrichtung von Umweltzone - Landesregierung hat sechs Monate Zeit für Reaktion =

Graz (APA) - Der pensionierte Grazer Architekt und Raumplaner Helmut Hoffmann geht mit Unterstützung der Grünen gegen die nach seiner Ansicht in Sachen Feinstaubreduktion säumige Landespolitik vor. Hoffmann hat zusammen mit Juristen einen "Antrag auf Erlassung von umfassenden verkehrsbezogenen Maßnahmen zur Einhaltung der Immissionsgrenzwerte für Feinstaub in Graz" - sprich Umweltzone oder tageweise wechselnde Fahrverbote - erstellt und diesen an Landeshauptmann Franz Voves (S) und Verkehrslandesrat Gerhard Kurzmann (F) gerichtet. Damit soll die Landesebene entweder zum Handeln oder zumindest zu einer Stellungnahme gebracht werden. Andernfalls drohe im äußersten Fall der Gang zum Verwaltungsgerichtshof und sogar eine Ministeranklage.

Der Antrag an Voves und Kurzmann fuße auf einer EuGH-Judikatur, sagte die Juristin Marlies Meyer am Freitag in einer Pressekonferenz in Graz. Begründet sei der Antrag mit der über zehn Jahre gemessenen enormen Überschreitung der maximalen Tagesmittelwerte und der Zahl der Überschreitungstage. Ab Einlangen des Antrags hätten die beiden Landespolitiker sechs Monate Zeit zu Maßnahmen, z. B. zur Ergänzung der bestehenden Luftreinhalteverordnung. Dies könnte etwa Fahrverbote für alle Kraftfahrzeuge umfassen, tageweise wechselnd nach geraden und ungeraden Kennzeichen von 1. Oktober bis 31. April im Großraum Graz. Bleiben sie bis Anfang September untätig, könne die zweite Instanz, also VP-Umweltminister Nikolaus Berlakovich (bzw. ab 1.1.2014 das Landes-Verwaltungsgericht) angerufen werden. Bei einem abschlägigen Bescheid könne dagegen bei der selben Instanz berufen werden. Wird auch diese Beschwerde abgewiesen, bleibt der Gang zum Verwaltungsgerichtshof. Wenn dieser eine positive Entscheidung fälle, sei sogar eine Ministeranklage möglich, so Juristin Meyer. Voves als LH habe ja auch die Möglichkeit einer Weisung an Kurzmann.

Hoffmann erklärte am Freitag, er habe vergangenes Jahr im Zuge der Feinstaubdiskussion und der Bürgerbefragung über eine Umweltzone in der Zeitung gelesen, dass Personen gesucht würden, die einen solchen Antrag stellen: "Ich fühle mich für meine unmittelbare Verwandtschaft und darüber hinaus verantwortlich. Auch wenn Grenzwerte nicht überschritten werden, heißt das noch nicht, dass die Luft gesund ist." Er habe sich bereits gegen Luftbelastung am Ö-Ring engagiert, dabei sei sein Antrag aber nicht zugelassen worden, weil er nur beruflich in der Region zu tun habe und nicht dort wohne. Fachliche Argumente genügten oft leider nicht, nun habe man sozusagen einen "juristischen

Angelpunkt" gefunden, nämlich das EU-Recht, dass jeder Bürger Maßnahmen gegen Bedrohungen einklagen könne. "Und bedroht sind rund 300.000 Menschen im Großraum Graz durch schlechte Luft", so Hoffmann.

Die Grüne Stadträtin Lisa Rücker sagte, es sei zwar mit 4.000 statt 400 ursprünglich geplanten Fernwärmeanschlüssen von Haushalten in Graz einiges zur Reduktion von Schadstoffen geschehen, doch die große Maßnahme fehle immer noch: "Der Bereich Verkehr ist immer nur halbherzig angegangen worden". Zu Hoffmanns Bereitschaft, initiativ zu werden, meinte Rücker: "Wir haben uns gefunden. Er sagte, mir reicht's, wir unterstützen das Vorgehen aus dem Grünen Bürgerinitiativenfonds."

Die Grüne Nationalratsabgeordnete Christiane Brunner erklärte, es sei traurig, dass vor allem Kinder und ältere Bürger unter der Feinstaubbelastung leiden würden, weil die Politik unverständlicherweise und "grob fahrlässig" nicht handle. "Herr Hoffmann macht das, wofür eigentlich die Politik zuständig ist." Man müsse zwar einräumen, dass Umweltminister Berlakovich zwar die Kfz-Plakettenverordnung erlassen habe, die Bundesebene aber noch einiges im Bereich Emissionen tun könne, etwa bei Baumaschinen oder Massentierhaltung. Trotz Volksbefragung sei die Umweltzone in Graz nicht vom Tisch.